



Brüssel, 25. September 2008

Andreas Schwab (EVP-ED/CDU):

CO2 Pkw: Ökoinnovationen müssen angerechnet werden können

Keine Kompromisse bei der Fahrzeugsicherheit

Die heute vom Unterausschuss des Europaparlaments geforderte Anrechnung von so genannten Ökoinnovationen bei der CO₂-Gesetzgebung für Pkw findet ein positives Echo. "Auch wenn die Abstimmung im Hinblick auf das 'phasing-in' nicht perfekt ausging, begrüße ich die Klarheit, mit der sich der Unterausschuss heute zum CO₂-Paket geäußert hat. Der entscheidende Schritt liegt nun aber in der Frage, wie viel CO₂ durch ergänzende Maßnahmen und Öko-Innovationen eingespart und angerechnet werden kann", sagte Andreas Schwab, Berichterstatter des Unterausschusses zu der mit dem CO₂-Paket verbundenen Verordnung zu sicheren Fahrzeugen.

"Nachdem eine schrittweise Einführung der Reduktionsziele leider abgelehnt wurde, rege ich an, die Einführung der ergänzenden Maßnahmen, also der verpflichtenden Systeme zur Reifendruckkontrolle und anderem, entsprechend bis 2015 zu verschieben. Und die Hersteller sollten die Möglichkeit erhalten, über die Nutzung von Biokraftstoffen eine Anrechnung auf die 120 Gramm pro Kilometer zu erhalten. So können wir weitere Anreize in der EU schaffen, um auch im Bereich alternativer Kraftstoffe nicht zurückzufallen", so der CDU-Europaabgeordnete.

In Schwabs Dossier werden die so genannten "ergänzenden Maßnahmen", wie Systeme zur Reifendruckkontrolle und deren Beitrag zu CO₂-Reduzierung behandelt. "Nach wie vor besteht das Bedürfnis, die nicht im Sacconi-Bericht geregelten CO₂-mindernden Maßnahmen einer einheitlichen Regelung zu unterwerfen. Dazu gehört auch die Verordnung zu sicheren Fahrzeugen."

"Maßnahmen zur Emissionssenkung dürfen nicht auf Kosten der Sicherheit gehen. Der Unterausschuss hat daher ein Gutachten zur Kosten-Nutzen Relation und der Balance zwischen Umweltschutz und Sicherheit der vorgeschlagenen 'ergänzenden Maßnahmen' beantragt. "Es macht keinen Sinn, jetzt die Kosten so in die Höhe zu treiben, dass Autos für die Verbraucher nicht mehr bezahlbar sind, um dann an Ende Zuschüsse für Neuwagenkäufer vorzuschlagen", sagte der CDU-Europaabgeordnete.

Für weitere Informationen:

Dr. Andreas Schwab MdEP, Tel. +32 2 284 7938